

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Einführung	1
Teil 1: Tatsächliche Grundlagen des Plattformbetriebs	7
A. Begrifflichkeiten und Abgrenzung	7
I. Begriff der Online-Plattform	7
II. An der Plattformnutzung Beteiligte und deren Vertragsbeziehungen ..	8
III. Zum Begriff der Sharing Economy	10
B. Verfahrensablauf der Plattformnutzung	12
C. Informationstechnologische Grundlagen und Zukunftsperspektiven von Online-Plattformen	14
I. Aufbau und Funktionsweise von Online-Plattformen	14
II. Cloud-Computing-Technologie als Basis von Online-Plattformen	15
III. Einsatz von Blockchain-Technologie bei Online-Plattformen	17
IV. Einsatzmöglichkeiten für Smart Contracts im Bereich der Online-Plattformen	20
D. Wirtschaftliche Erfolgsparameter der Plattform-Ökonomie	22
I. Netzwerkeffekte	23
II. Erreichen der kritischen Masse	24
III. Lösen des „Chicken-or-Egg-Problems“	24
IV. Festlegung der Preisstruktur	25
V. Plattform-Governance-Struktur	26
Teil 2: Die Rolle des Plattformbetreibers im vertraglichen Dreiecksverhältnis zwischen Anbieter und Nachfrager	29
A. Plattformbetreiber als Vertragspartner des Transaktionsvertrags	29
I. Eigene Willenserklärung des Plattformbetreibers zum Abschluss des Transaktionsvertrags	30
1. Grundsätzliches	30
2. Technischer Verfahrensablauf als Anknüpfungspunkt der Willenserklärung	32
3. Auslegung als Willenserklärung	33
a) Bestimmung des Auslegungsgegenstands	33
b) Auslegungskriterien	33
aa) Wortlaut der Plattform-AGB	33
(1) Transparenzanforderungen an Vermittlerklauseln der Plattformbetreiber	34

(2) Schutzrichtung der Transparenzanforderungen	35
(3) Transfer reiserechtlicher Grundsätze	35
bb) Internetauftritt des Plattformbetreibers	37
cc) Aktive Einflussnahme auf Elemente des Transaktionsvertrags	38
(1) Auswahl und Kontrolle der Vertragspartner	38
(2) Bestimmung des Transaktionspreises	39
(3) Kontrolle über einzelne Vertragsbedingungen des Transaktionsvertrags	39
dd) Kontrolle über die Vertragsdurchführung	40
ee) Regelungen für das Auftreten von Leistungsstörungen im Transaktionsvertrag	41
ff) Werbemaßnahmen des Plattformbetreibers	41
gg) Wirtschaftliches Eigeninteresse des Plattformbetreibers ..	42
c) Widerspruch zwischen AGB des Plattformbetreibers und sonstigen Auslegungskriterien	43
aa) Fehlendes Erklärungsbewusstsein des Plattformbetreibers	43
bb) Dissens	44
cc) Unbeachtlichkeit der Plattform-AGB nach § 116 S.1 BGB	44
dd) Anwendung der Regel „protestatio facto contraria non valet“	45
ee) Unwirksamkeit der Vermittlerklausel	47
ff) Anfechtungsrecht des Plattformbetreibers	47
4. Denkbare Alternativen zur „Auslegungslösung“	48
5. Ergebnis	50
II. Mittelbare Stellvertretung der Anbieter durch Plattformbetreiber ..	51
III. Stellvertretung des Plattformbetreibers durch Anbieter	52
1. Problemstellung	52
2. Transfer der Grundsätze des Franchise-Rechts	53
a) Begriff des Franchisings	53
b) Unterschiedliche Ausgangssituation beim Franchising	54
c) Vergleichbare Konstellation im Ergebnis	54
3. Voraussetzungen der Stellvertretung im Einzelnen	55
a) Eigene Willenserklärung des Stellvertreters	55
b) Handeln in fremdem Namen	56
aa) Situation beim Franchising	56
(1) Anwendung der Grundsätze des unternehmensbezogenen Geschäfts	56
(2) Vorliegen der Voraussetzungen des „Geschäfts für den, den es angeht“	58
(3) Handeln unter fremdem Namen	60
bb) Übertragung auf Online-Plattformen	60
(1) Kein Handeln des Anbieters unter fremdem Namen des Plattformbetreibers	61
(2) Handeln des Anbieters in fremdem Namen des Plattformbetreibers	61
c) Vertretungsmacht	62
aa) Situation beim Franchising	62

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>XI</i>
bb) Übertragung auf Online-Plattformen	63	
4. Ergebnis	64	
IV. Rechtsfolgen der Haftung des Plattformbetreibers als Vertragspartner des Transaktionsvertrags	65	
 B. Ansätze einer haftungsorientierten Lösung	67	
I. Grundsätze der Vertrauenshaftung als Ausgangspunkt	67	
II. Wissenschaftlicher Diskussionsentwurf für eine Richtlinie über Online-Vermittlungsplattformen	68	
1. Konzept einer gesamtschuldnerischen Primärhaftung von Plattformbetreiber und Anbieter	68	
2. Kritik	68	
III. Transfer der Grundsätze des Sich-zu-eigen-Machens fremder Infor- mationen	71	
IV. Transfer der Grundsätze des Agenturgeschäfts	72	
1. Problemstellung	72	
2. Voraussetzungen einer unzulässigen Umgehung beim Agentur- geschäft	73	
a) Generalisierende Ansichten	73	
b) Abstellen auf Transparenzanforderungen	74	
c) Verteilung des wirtschaftlichen Risikos	75	
d) Wirtschaftliches Eigeninteresse als Umgehungskriterium	75	
e) Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens	76	
3. Rechtsfolgen der unzulässigen Umgehung	76	
a) Kaufrechtliche Gewährleistungshaftung des Unternehmers ..	77	
b) Ausschließliche Haftung des Verbraucher-Verkäufers	78	
4. Eigene Stellungnahme und Übertragung auf Online-Plattformen	78	
a) Keine Zurechnung der Unternehmereigenschaft an den veräußernden Verbraucher	78	
b) Präzisierung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	79	
c) Eindeutige Zuordnung der Vertragsbeziehungen und Haftungsbereiche	79	
aa) Ausreichender Schutz des Verbrauchers über Transparenz der Vertragsbeziehungen	79	
bb) Ergänzender Schutz über eigenständige Haftung des Vermittlers	80	
cc) Vereinbarkeit des Lösungsvorschlags mit Unionsrecht ..	81	
V. Ergebnis	82	
 C. Plattformbetreiber als Intermediär zwischen Anbieter und Nachfrager ..	82	
I. Stellung des Plattformbetreibers als Kommissionär	83	
II. Voraussetzungen der Stellvertretung	83	
III. Plattformbetreiber als Handelsvertreter des Anbieters	84	
1. Tätigkeit für einen anderen Unternehmer	84	
2. Ständige Betrauung	85	
3. Anforderungen an die Vermittlungstätigkeit	87	
IV. Plattformbetreiber als Handelsmakler	89	
1. Gegenstand der Vermittlung	89	

2. Gewerbsmäßige Tätigkeit für andere Personen	90
3. Keine ständige Betrauung	90
4. Anforderungen an die Vermittlungstätigkeit	91
V. Plattformbetreiber als Zivilmakler	95
VI. Ergebnis	96
 Teil 3: Vertragliche Haftung der Plattformbetreiber gegenüber den Nutzern	97
A. Verantwortlichkeit des Plattformbetreibers als Vermittler	97
I. Anwendungsbereich des Rechts des elektronischen Geschäftsverkehrs	98
1. Plattformbetreiber im Anwendungsbereich der E-Commerce- Richtlinie	98
a) Priviliegierung der Dienste der Informationsgesellschaft.....	98
b) Vorliegen eines Dienstes der Informationsgesellschaft	99
c) Beurteilung im Falle der Online-Plattform Uber	99
d) Übertragung auf andere Online-Plattformen	102
e) Kritik an der EuGH-Entscheidung im Fall Uber Spain und eigener Lösungsvorschlag	104
2. Plattformbetreiber im Anwendungsbereich des Telemediengesetzes	109
3. Dienst der Informationsgesellschaft vs. Telemedien – Auswirkung der EuGH-Rechtsprechung im Fall Uber Spain auf das nationale Telemediengericht	110
4. Verhältnis zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte	111
a) Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags	112
b) Mögliche Kollision beider Regelungsinstrumente	113
c) Auflösung der Kollision	113
5. Ergebnis	115
II. Überblick über die Regelungssystematik der §§ 7 bis 10 TMG	115
1. Dogmatische Einordnung der Verantwortlichkeitsregelungen ...	116
2. Haftung für eigene Informationen	117
3. Haftung für fremde Informationen	120
a) Keine allgemeine Überwachungspflicht	120
b) Haftungsprivilegierung des Plattformbetreibers als Host- Provider	121
aa) Haftungsprivilegierung nach § 10 S.1 Nr.1 Alt.1 TMG ..	121
bb) Haftungsprivilegierung im Falle von Schadensersatz- ansprüchen	123
cc) Haftungsprivilegierung im Rahmen des „Notice-and- take-down-Verfahrens“.....	124
dd) Ausschluss der Haftungsprivilegierung im Falle einer Sonderbeziehung des Dienstanbieters zum Nutzer.....	124
c) Anwendbarkeit der Haftungsprivilegierungen auf Unter- lassungsansprüche	125
4. Ergebnis	129

III.	Anwendbarkeit der Verantwortlichkeitsregelungen auf die vertragliche Haftung	129
1.	Praxisrelevanz der Fragestellung	129
2.	Bisheriger Diskussionsstand zur Anwendbarkeit der Haftungsprivilegierungen im Kontext der vertraglichen Haftung	131
3.	Kritik an der bisherigen Argumentation	134
a)	Argumentation über die Verfehlung des Gesetzeszwecks	134
aa)	Fehlende Differenzierung zwischen Dispositivität der Haftungsprivilegierungen und deren Anwendungsbereich	134
bb)	Entstehung von Wertungswidersprüchen	135
b)	Argumentation über den eingeschränkten Geltungsbereich des Gesetzes	138
c)	Argumentation über die vorrangige Möglichkeit der vertraglichen Haftungsbeschränkung	138
4.	Eigener Lösungsvorschlag	139
a)	Wortlaut und Systematik des TMG als Ausgangspunkt	139
aa)	Unterscheidung von Anwendungsbereich und Anwendungsvoraussetzungen	139
bb)	Maßgeblicher Anknüpfungspunkt der Informationen	140
cc)	Abgrenzung der Information zur Leistung des Plattformbetreibers	141
dd)	Abgrenzung der Information zur Leistung des Anbieters	143
ee)	Rechtswidrigkeit der Informationen	144
b)	Überprüfung der Ergebnisse anhand des Gesetzeszwecks	146
c)	Lösung der Beispieldfälle	147
aa)	Lösung Beispiel 1	147
bb)	Lösung Beispiel 2	148
cc)	Lösung Beispiel 3	149
IV.	Dispositivität der Verantwortlichkeitsregelungen	150
1.	Dispositivität bei Haftungserweiterung des Plattformbetreibers	150
2.	Dispositivität bei Haftungsbeschränkung des Plattformbetreibers	151
B.	Nutzungsvertrag zwischen Plattformbetreiber und Plattformnutzern	152
I.	Anforderungen an den Vertragsschluss	153
1.	Vertragsschluss durch ausdrückliche Erklärungen	153
2.	Konkludenter Vertragsschluss	153
II.	Rechtliche Analyse der zweistufigen Vertragsmechanik	155
1.	Hintergrund der Fragestellung	155
2.	Bisheriger Diskussionsstand und verfolgte Lösungsansätze	155
a)	Aufteilung in allgemeines Nutzungsverhältnis und besonderen Nutzungsvertrag	155
b)	Rahmenvertrag mit anschließender Konkretisierung	156
c)	Nutzungshandlung als bloßer Realakt	157
3.	Eigener Lösungsansatz	157
a)	Vorüberlegungen	157
b)	Charakteristika des Rahmenvertrags	158
c)	Uneinheitliche Begrifflichkeiten	160

d) Abgrenzungsfragen	161
aa) Rahmenangebot	161
bb) Normenvereinbarung	161
cc) Sukzessivlieferungsvertrag und Ratenlieferungsvertrag ..	161
dd) Vorvertrag	162
ee) Wiederkehrschuldverhältnis	163
ff) Bezugsvertrag mit Abrufrecht	163
gg) Gegenseitiger Vertrag mit Weisungsrecht	166
hh) Vertriebsmittlerverträge	167
e) Rechtliche Einordnung der Plattform-Nutzungsverträge als zweistufige Rahmenverträge	167
f) Zustandekommen der Ausführungsverträge	171
aa) Aufschiebend bedingter Ausführungsvertrag bei Abschluss des Rahmenvertrags	171
bb) Dauerangebot im Rahmenvertrag	172
cc) Optionsrecht im Rahmenvertrag	173
dd) Konkludente Willenserklärungen bei Inanspruchnahme der Plattform	174
4. Ergebnis	175
III. Rechtsnatur des Nutzungsvertrags	175
1. Bedeutung der Vertragstypologie	175
2. Methodik	176
3. Leistungspflichten des Plattformbetreibers	176
4. Gegenleistungspflichten der Nutzer	178
a) Gegenleistung in Geld	178
b) Daten als Gegenleistung	179
5. Rechtliche Qualifizierung des Vertrags zwischen Anbieter und Plattformbetreiber	180
a) Anbieter als Arbeitnehmer des Plattformbetreibers	180
b) Einordnung als Maklervertrag	181
aa) Technikneutrale Betrachtung des Vertragszwecks	181
bb) Nachweistätigkeit	182
cc) Vermittlungstätigkeit	184
dd) Doppeltätigkeit des Plattformbetreibers	184
ee) Tätigkeitspflicht des Plattformbetreibers	185
(1) Einordnung als Maklerdienstvertrag	186
(2) Abgrenzung zum Maklerwerkvertrag	187
(3) Abgrenzung zum Alleinauftrag	188
(4) Transfer der Grundsätze des Agenturgeschäfts	188
(5) Bestimmung des anzuwendenden Rechts beim Maklerdienstvertrag	189
(a) Besondere Vorschriften für Makler	189
(b) Rechtliche Einordnung	190
(6) Übertragung auf bekannte Online-Plattformen	191
(a) Online-Plattformen mit ausschließlich erfolgsbezogener Vergütung	191
(b) Online-Plattformen mit gemischem Vergütungsmodell	191

(c) Online-Plattformen mit ausschließlich erfolgs- unabhängiger Vergütung	192
(d) Ausschließlich werbefinanzierte Online-Platt- formen	192
ff) Abschlusspflicht des Nutzers	193
gg) Vermittlung von Gegenständen des Handelsverkehrs	194
c) Mietvertragliche Elemente	194
d) Werkvertragliche Elemente	194
e) Geschäftsbesorgungsvertragliche Elemente	195
f) Einordnung als typengemischter Vertrag	196
6. Rechtliche Qualifizierung des Vertrags zwischen Nachfrager und Plattformbetreiber	197
7. Ergebnis	198
 C. Haftungsgrundlagen	198
I. Unmittelbare vertragliche Haftung des Plattformbetreibers aus dem Transaktionsvertrag	199
II. Mittelbare vertragliche Haftung des Plattformbetreibers aus dem Nutzungsvertrag	199
1. Kategorisierung vertraglicher Nebenpflichten	200
2. Prüfungspflichten des Plattformbetreibers mit Bezug zum Transaktionsverhältnis	200
a) Prüfungspflichten in Bezug auf gespeicherte Informationen ..	201
aa) Anwendung von §§ 7 bis 10 TMG	201
bb) Prüfungspflichten bezüglich der Identität der Nutzer ..	201
(1) Bestehende Identifikationsverfahren und deren recht- licher Rahmen	202
(2) Pflicht des Plattformbetreibers zur Implementierung wirksamer Identifikationsverfahren	204
(3) Pflicht zur Verhinderung von Identitätsmissbrauch ..	206
cc) Prüfungspflichten in Bezug auf gespeicherte Informatio- nen zum Transaktionsgegenstand	206
dd) Prüfungspflichten in Bezug auf AGB	207
(1) AGB im Nutzungsvertrag betreffend den Nutzungs- vertrag	208
(2) AGB im Nutzungsvertrag betreffend den Trans- aktionsvertrag	208
(3) AGB im Transaktionsvertrag, verbindlich vorgegeben durch den Plattformbetreiber	209
ee) Prüfungspflichten in Bezug auf Bewertungssysteme	209
ff) Prüfungspflichten in Bezug auf sonstige fremde Infor- mationen	211
b) Haftung für eigene Informationen	212
c) Prüfungspflichten in Bezug auf die reale Leistung	212
d) Prüfungspflichten in Bezug auf Seriosität und Bonität der Nutzer	213
3. Aufklärungspflichten des Plattformbetreibers	215

a) Allgemeine Anforderungen an Bestehen und Umfang von Aufklärungspflichten	215
b) Grundsätze aus dem Maklerrecht	215
c) Verhältnis von Prüfungs- und Aufklärungspflichten.....	216
d) Aufklärungspflichten in Bezug auf die Funktionsweise der Plattform.....	216
e) Aufklärungspflichten in Bezug auf die Person des Anbieters ..	216
f) Aufklärungspflichten in Bezug auf unterlassene Prüfungen..	217
4. Weitere Voraussetzungen der Haftung	218
a) Vertretenmüssen	218
b) Kausaler Schaden.....	218
III. Haftung des Plattformbetreibers aus Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	220
1. Kein Vertrag zugunsten Dritter	220
2. Voraussetzungen des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	221
IV. Haftung des Plattformbetreibers aus § 98 HGB	222
1. Grundsätzliches	222
2. Pflichtverletzung	223
3. Verschulden	223
4. Kausaler Schaden	223
V. Drithaftung des Plattformbetreibers als Vermittler	224
1. Haftung aus § 311 Abs.3, 280 Abs. 1, 241 Abs. 2 BGB	224
a) Anwendbarkeit	224
b) Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens ..	225
c) Eigenes unmittelbares wirtschaftliches Interesse	226
d) Weitere Anspruchsvoraussetzungen	227
2. Haftung aus §§ 181, 179 BGB analog	227
VI. Haftung des Plattformbetreibers auf Grundlage zusammenhängender Verträge.....	229
1. Wirksame Ausübung eines Widerrufsrechts durch Verbraucher ..	229
a) Widerrufsrecht betreffend den Transaktionsvertrag	229
b) Widerrufsrecht betreffend den Nutzungsvertrag	229
2. Vorliegen eines mit dem widerrufenen Vertrag zusammenhängenden Vertrags	231
a) Transaktionsvertrag als widerrufener Vertrag	231
aa) Bezug des Nutzungsvertrags zum widerrufenen Transaktionsvertrag.....	231
bb) Leistung aus dem Nutzungsvertrag als zusammenhängendem Vertrag.....	231
cc) Personeller Zusammenhang	232
b) Nutzungsvertrag als widerrufener Vertrag	233
3. Rechtsfolgen	234
a) Entfall der Bindung an den zusammenhängenden Vertrag ..	234
b) Rückabwicklung des zusammenhängenden Vertrags.....	234
c) Rückabwicklung entlang der Leistungsbeziehungen	234
VII. Eigenständige „Netzwerthaftung“ des Plattformbetreibers	235

1. Überlagerung der bestehenden Einzelverträge durch übergreifenden „Netzvertrag“	236
2. Gesellschaftsrechtliche Lösungsansätze	236
3. Die Theorie vom trilateralen Synallagma	237
4. Pflichten aus eigenständigem Netzwerk als Vertragsverbund	237
5. Übertragung des Netzwerkgedankens auf Online-Plattformen ..	238
VIII. Verhältnis der Haftung von Anbieter und Plattformbetreiber	241
1. Ansatz im wissenschaftlichen Diskussionsentwurf für eine Richtlinie über Online-Vermittlungsplattformen	241
2. Voraussetzungen der gesamtschuldnerischen Haftung	242
a) Mehrheit von Schuldern bei Gläubigeridentität	242
b) Leistungsidentität	243
c) Pflicht zur einmaligen Leistungserbringung.....	243
d) Gleichstufigkeit der Haftung als ungeschriebene Voraussetzung	243
Fazit	247
Literaturverzeichnis	249